

Rede für die DEMO am 28.10.2023

Liebe Menschen,

lasst uns gemeinsam in eines der Lager an der EU-Außengrenze schauen.

Eine Person ist aus Afghanistan geflüchtet.

Jetzt sitzt sie in einem überfüllten Lager auf der griechischen Insel Lesbos. Sie darf nicht arbeiten gehen. Auch Bildungsmöglichkeiten und Rechtsberatung gibt es nicht. Wochenlang muss sie darauf warten, registriert zu werden. Sie hat keine Ahnung, ob sie eine Aussicht auf Asyl hat. Nach einigen Monaten entwickelt sie eine schwere Depression und wird von traumatischen Erinnerungen geplagt. Sie bittet um psychologische Hilfe. Es gibt keine.

Was schon jetzt für viele Geflüchtete Realität ist, soll mit der geplanten Reform des Europäischen Asylsystems in Stein gemeißelt werden.

Durch die GEAS-Reform wird sich die Situation für viele Menschen massiv verschlechtern.

Noch ist die Verschärfung des europäischen Asylsystems nicht beschlossen, aber im Juni diesen Jahres gab es eine Vorentscheidung der europäischen Regierungen. Auch Deutschland stimmte hier für eine faktische Abschaffung des Asylrechts.

Doch was beinhaltet die Reform?

Das bisher geltende Dublin-Verfahren wird beibehalten werden. Hier geht es darum, welches Land für den Asylantrag zuständig ist: nämlich das EU-Land, in dem die Asylsuchenden zuerst registriert wurden.

Die Reform des GEAS wird aber noch einige Schritte weitergehen:

Asylsuchende sollen in Haftlagern an den europäischen Außengrenzen untergebracht werden. Hier durchlaufen sie das sogenannte "Grenzverfahren". Währenddessen können sie "legal" bis zu 12 Wochen inhaftiert werden! Auch Kinder sind davon nicht ausgenommen und bleiben monatelang eingesperrt!

In den geschlossenen Lagern soll die „Fiktion der Nichteinreise“ gelten. Das heißt, schutzsuchende Menschen gelten offiziell als „nicht eingereist“. Sie befinden sich in einer „Transitzone“, in der das EU-Recht nicht gilt.

Obwohl sie sich auf europäischem Boden befinden und somit das Recht hätten, einen Asylantrag zu stellen, wird dieses Recht ausgehebelt.

Im "Grenzverfahren" wird geprüft werden, ob ihr Asylantrag in der EU zulässig ist. Eine wirkliche Prüfung der Fluchtgründe ist in diesem Verfahren nicht möglich und eindeutig auch nicht erwünscht.

Stattdessen wird vor allem die Fluchtroute geprüft. Sind Asylsuchende durch einen sogenannten „sicheren Drittstaat“ gereist, so können sie dorthin abgeschoben werden, unmittelbar nach der Ankunft und ohne irgendeine Prüfung. Die Kriterien für sichere Drittstaaten sollen stark aufgeweicht werden. So könnte z.B. Tunesien künftig als Sicherer Drittstaat gelten. Die Wahrscheinlichkeit, auf der Flucht nach Europa über einen solchen Staat geflohen zu sein, ist groß.

Auch wer aus einem Land kommt, das eine geringe Anerkennungsquote hat, darf durch ein Schnellverfahren abgewiesen werden. Das heißt: Die Statistik entscheidet, nicht der Grund, weshalb die Menschen geflohen sind.

Die Chancen auf Asyl in Europa werden damit für die meisten faktisch abgeschafft. Dabei sollte doch gerade Deutschland wissen, wie wichtig das Recht auf Asyl ist!

Das Thema wird immer weiter externalisiert. So schließt die EU sog. "Migrations-Abkommen" mit Staaten, wie etwa der Türkei, Libyen oder Tunesien. Darin garantieren diese Staaten, gegen Fluchtbewegungen vorzugehen oder der Rücknahme von Menschen aus Europa zuzustimmen. Im Gegenzug erhalten sie finanzielle Unterstützung durch die EU. So kauft sich die EU von ihrer menschenrechtlichen Verpflichtung des Asylrechts frei. Sie unterstützt so nicht nur autoritäre Regime unmittelbar beim systematischen Bruch von Menschenrechten. Sie stiftet sie regelrecht dazu an. Schon jetzt ist die Situation für Geflüchtete in Libyen und Tunesien katastrophal.

Der „Solidaritätsmechanismus“ der GEAS-Reform soll die Verteilung der Asylsuchenden auf die verschiedenen Länder regeln.

Wenn ein Land keine Geflüchtete Person aufnehmen will, kann es sich natürlich freikaufen, was diesem nur 2000 Euro pro Person kosten soll.

Laut der Reform soll also kein Staat wirklich verpflichtet werden, schutzsuchende Menschen aufzunehmen.

Länder wie Polen, Tschechien und Ungarn, die gegen die Reform gestimmt haben, haben damit freie Hand zu entscheiden.

Es ist empörend, wie wenig Geflüchtete Menschen die EU überhaupt aufnehmen will: Es sollen in etwa 30.000 Menschen pro Staat sein. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr konnten allein in Deutschland etwa 1 Million Menschen aus der Ukraine aufgenommen werden.

Die EU baut ihre Mauern immer höher und schert sich einen Dreck um Menschenrechte!

Bis April 2024 soll die Reform durch das EU-Parlament verabschiedet werden. Das werden wir nicht hinnehmen.

Was Nancy Faeser noch als „historischen Erfolg“ bezeichnet, ist menschenverachtend und zutiefst rassistisch! Die nationalen Strömungen in Deutschland und der EU setzen darin ihre migrationsfeindlichen Vorstellungen durch und gemeinsam bauen sie das Grundrecht auf Asyl ab. Die Praxis der Entrechtung an Europas Außengrenzen ist nichts Neues. Durch den fragwürdigen EU-Türkei-Deal sind in den griechischen Hotspots Lager entstanden, wo Menschen teils jahrelang unter unwürdigen Bedingungen ausharren müssen.

Aber neu ist, dass dies durch die GEAS-Reform legalisiert würde.

Das ist eine Zäsur. Denn in Zukunft wären juristische Kämpfe um die Rechte von Menschen auf der Flucht noch aussichtsloser.

Wir sprechen uns klar gegen diese rassistische Reform aus!

Menschen sollten das Recht haben auf ein sicheres Zuhause, auf die freie Wahl ihres Aufenthaltsortes, auf ein Leben ohne Angst vor Verfolgung oder den Auswirkungen der Klimakrise.

Wir wollen diese menschenverachtende Reform verhindern!

Wir fordern: sichere Fluchtrouten und Niederlassungsfreiheit für alle!